

Trotz Rassismus in der Partei

Warum Einwanderer die AfD wählen wollen

Lange hatte die AfD bei muslimischen Migranten keine Chance. Doch manches spricht dafür, dass sich daran etwas ändert. Manche in der AfD jedenfalls bemühen sich um diese Wähler.

Von TIMO STEPPAT, WIESBADEN



© dpa

Bei einer Demonstration der AfD vor dem Reichstagsgebäude hält eine Teilnehmerin ein Schild in die Höhe.

Den etablierten Parteien vertraut er nicht mehr, er will die AfD wählen, sagt ein Mann. Er läuft vor wenigen Wochen an einer SPD-Veranstaltung in Frankfurt vorbei. Wer Wahlkämpfer begleitet, sieht das seit Jahren: Für die AfD stimmen zu wollen wird den Parteien der Mitte als Drohung entgegen geschleudert. Gefragt, warum er für die Partei stimmen wolle, sagt er: „Weil die hier mal aufräumen“.

Ihn stören Zuwanderung und Kriminalität, die aus seiner Sicht beide zu hoch sind. Dass der Mann sich selbst als „Araber“ bezeichnet, der vor Jahrzehnten nach Deutschland gekommen sei, ist das Ungewöhnliche. Eine Studie, die das Wahlverhalten von Migranten bei der Bundestagswahl 2017 untersuchte, kam noch zum Ergebnis, dass kaum Muslimischstämmige für die AfD stimmten. Die islamfeindliche Haltung wirkte abschreckend auf sie. Gilt das noch?

Hanif Aroji arbeitet als Sozialarbeiter in der politischen Bildungsarbeit und trifft bei den Projekten unter anderem der Anne-Frank-Bildungsstätte Frankfurt viele Migranten, und fast immer geht es um Politik. Zuletzt erlebte Aroji häufiger, dass Menschen aus muslimischen

Familien ihm gegenüber die Absicht äußerten, für die AfD stimmen zu wollen. Aroji spricht von einem kleinen Anteil, den die AfD-Sympathisanten insgesamt ausmachen, zwei Prozent der Migranten vielleicht, aber aus seiner Sicht handele es sich um eine wachsende Gruppe.

Zwei Typen migrantischer AfD-Unterstützer

Aroji erkennt zwei Typen migrantischer AfD-Wähler. Die erste Gruppe besteht aus Menschen, die ihre Vorurteile und Verschwörungsgedanken wenig hinterfragen: Als Beispiele nennt er die Ausgrenzung von Sinti und Roma und Rassismus gegenüber schwarzen Personen. Diese Haltungen seien auch unter Migranten verbreitet und deckten sich mit Positionen der AfD.

Die andere Gruppe, die sich der AfD annähert, hält Aroji für schwieriger zu greifen. Sie fühlt sich von der Mehrheitsgesellschaft abgelehnt und will dieser deshalb Schaden zufügen. „Sie stimmen für die AfD als eine Protestwahl“, sagt Aroji. „Es geht ihnen nicht um einzelne Positionen der AfD, sondern darum, dass sie das Establishment entmachten will.“

Der Duisburger Politikwissenschaftler Achim Goerres, der das Wahlverhalten von Migranten untersucht, stützt diese These: Migranten mit Systemfrust fühlten sich bei der AfD gut aufgehoben.

Goerres ist überzeugt, dass sich Wählerinnen und Wähler mit Migrationsgeschichte „nicht grundsätzlich“ von Wählern ohne Migrationsgeschichte unterscheiden. Die Angleichung setze sich seit Jahrzehnten fort: „Dass unter Türkeistämmigen die SPD deutlich stärker war, hatte damit zu tun, dass Parteien links der Mitte als offener für die Probleme von Einwanderern wahrgenommen werden. Aber die Dominanz der SPD nimmt ab“, sagt Goerres. „Die CDU bemüht sich aus guten Gründen stärker auch um muslimische Mittelschichtswähler, die konservative Positionen haben.“

Extreme Positionen ähnlich

Die Wähler gleichen sich aber auch in ihren extremen Positionen, sagt Goerres: „Xenophobie und Rassismus sind unter Migranten genauso stark verbreitet wie in allen anderen Bevölkerungsgruppen.“ Insofern sei es auch nicht überraschend, wenn Positionen der AfD eingenommen würden.

Häufig ist bereits über Russlanddeutsche berichtet worden, die für die AfD stimmten. Im Rahmen der Studie zur Bundestagswahl 2017, die Goerres durchführte, zeigte sich, dass rund 15 Prozent von ihnen für die AfD stimmten, ein Fünftel mehr als in der Gesamtbevölkerung.

„Dass die Partei Einwanderung ablehnt, ist für ihre russlanddeutschen Wähler kein Problem. Manche Russlanddeutsche begreifen sich als die ‚richtigen Deutschen‘, die als Umgesiedelte ihre Identität verteidigen mussten.“

In den Gruppendiskussionen unter Russlanddeutschen, die Goerres und seine Forscherkollegen durchführten, habe sich Misstrauen gegenüber Flüchtlingen aus Syrien gezeigt. Die Befragten störte, dass die Syrer kein Deutsch gesprochen hätten und gleich eine Menge Leistungen des Staates erhalten hätten.

Konkurrenz zu Neuangekommenen

Diese Form des Konkurrenzdenkens zeigt sich auch in anderen Migrantengruppen, die vor Jahrzehnten nach Deutschland gekommen sind. Der Vorwurf: Die Neuen erlangen innerhalb kurzer Zeit den Status, den frühere Einwanderer sich über Jahre erarbeiten mussten.

Daraus kann eine Ablehnung von Einwanderung erwachsen, die hin zur AfD führen kann, sagt der Politikwissenschaftler Kai Arzheimer von der Universität Mainz, ein langjähriger AfD-Fachmann. Wie Goerres verweist er darauf, dass bislang belastbare, aktuellere Studien zum Thema fehlen.

Die Pandemie hat einen weiteren Effekt. So gab es unter Migranten wie im Rest der Bevölkerung Menschen, die für Verschwörungsgedanken empfänglich waren und sich der Impfung verweigert haben. „In diesen Kreisen hat die AfD mit ihrem Protest Zuspruch gewonnen“, sagt Aroji.

Die AfD möchte auch, dass sich das Bild ändert, das Migranten von ihr haben. Der AfD-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Robert Lambrou, sagt: „In ganz vielen Köpfen steckt das Vorurteil, die AfD sei ausländerfeindlich. Das ist Teil der Stigmatisierung unserer Partei, die einfach auf einer Unwahrheit beruht: Wenn wir das durchbrechen, durchbrechen wir auch die Stigmatisierung.“ Lambrou hat deshalb im Juni mit einer Handvoll anderer, die meisten von ihnen AfD-Politiker, einen Verein mit dem Namen „Mit Migrationshintergrund für Deutschland“ gegründet.

„Wer sich integriert, ist willkommen“

Die Idee zur Vereinsgründung kam Lambrou bei einem Besuch von Schülern im Hessischen Landtag. Regelmäßig diskutieren Abgeordnete dort mit Jugendlichen. Und dabei bekomme Lambrou besonders von migrantischen Jugendlichen den Vorwurf zu hören, so schildert er es, dass seine Partei sie ablehne. Ausländerfeindliche Äußerungen von Parteifreunden, die Schüler dabei anführen können, gibt es viele.

Lambrou kontere im Gespräch mit den Jugendlichen, dass er seine Partei anders, nicht ausländerfeindlich erlebe. Außerdem gebe es „einige Migranten“ in der AfD. Lambrou ist einer von ihnen. Er sei Deutscher, aber sein Vater Grieche, führt er an. Lambrou verwendet seinen Vornamen Athanasios nicht, sondern tritt als Spitzenkandidat bei der Landtagswahl in Hessen im Oktober mit seinem zweiten Vornamen an: Robert. In Hessen erreicht die AfD laut einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen 15 Prozent, im Bund sind es etwa 20 Prozent.

Der Verein soll im Wahlkampf keine wichtige Rolle spielen, sagt Lambrou, der dessen Vorsitz übernommen hat. Es gehe ihm um ein langfristiges Signal, keinen Wahlkampftrick: „Wer sich integriert, die Leitkultur annimmt und sich in Deutschland einbringt, ist willkommen. Auch in der AfD.“

Der Politikwissenschaftler Arzheimer sieht den Verein in der Tradition von Gruppen wie „Juden in der AfD“, die vor wenigen Jahren ebenfalls in Hessen gegründet wurden. Sie hätten zum Ziel gehabt, die AfD gegen den Vorwurf zu immunisieren, sie sei eine

antisemitische Partei.

Quelle: F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2023
Alle Rechte vorbehalten.